

# ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 12 – 30. Juni 2010

*stockender deutsch-französischer motor ++ was rät denn uwe corsepius? + werner-langen-lob + 'salz im brot' + was adenauer 1946 über bischöfe dachte + handelsblatt-slalom + kommt fürst schwarzenberg zur evp? + der hass gegen westerwelle + + andreas schwab contra airline-geschummel +*

---

## Polnische Präsidentenwahl, zweite Runde. Siegt B. Komorowski? Nächsten Sonntag geht es auch um den Europa-Kurs unseres Nachbarlandes

Nach der überraschend harten TV-Debatte der Stichwahl-Kandidaten (im Vergleich zu früheren lahmen Begegnungen) gaben die Zuschauer 52% an den PO-Mann **Bronislaw Komorowski** und 28% an PiS-Chef **Jaroslaw Kaczynski**. 15% hielten das Duell für offen. Die polnischen Medien rechnen überwiegend mit einem nicht berauschenden Sieg des Christdemokraten. Zwar hatte SLD-Kandidat **Napieralski** am letzten Sonntag noch immer keine Wahlempfehlung gegeben, doch etliche SLD-Prominenz, darunter Ex-Präsident **Aleksander Kwasniewski**, warb für Komorowski und Ex-Premier **Leszek Miller** höhnte, Kaczynski habe die SLD früher eine Verbrecherorganisation genannt und wolle nun deren Stimmen. Eine Reihe Prominenter wies darauf hin, wie verlogen der PiS-Chef seit Jahrzehnten agiert habe. Und der log jetzt sogar, über Deutschland gut zu denken. Die CDU/CSU und die EVP hingegen erlebten mehrmals das Gegenteil. Was noch geschah:

☑ im Außenministerium ging Angst um vor einem Staatspräsidenten Kaczynski, denn dort wird mit Recht befürchtet, dass der Mann – wenn er gewönne – seine Leute *en masse* in den diplomatischen Dienst schiebt, was ihm die Verfassung erlaubt.

☑ Mit **858 Ja-Stimmen**, 11 Nein und 3 Enthaltungen hat der PO-Parteitag **Donald Tusk zum Parteichef wiedergewählt**.

☑ Wieder einmal wurde Polen am ersten Wahlsonntag (fast) **an den alten Teilungsgrenzen** geografisch geteilt. Der Osten, einst russisch, wählte Kaczynski. Der Westen, einst preußisch, wählte Komorowski. In fast allen größeren Städten siegte die PO, nicht zuletzt und abermals durch jüngere Wähler, die EU-Europa gut finden. Zur Grafik:

**Blau = Kaczynski-Wähler, Orange = Komorowski.**



## KIEW: Geheimdienst SBU pfeift auf seine prorussische Regierung Vorgehen gegen den Deutschen Nico Lange sollte mehr als Alarm auslösen

Der Leiter des Büros der **Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew, Nico Lange**, wurde an der Einreise in die Ukraine gehindert und verhört. Als er Alarm schlug, reagierten alle Einfluss-reichen: KAS-Präsident **Hans Gert Pöttering**, AA in Berlin, unsere Botschaft in Kiew, Parlamentspräsident **Jerzy Buzek** in Brüssel und **Elmar Brok**, außen-politischer Koordinator der europäischen Christdemokraten, noch weitere Freunde. In der ersten Kontaktrunde mit Kiew wurde klar, was jetzt die ganze EU und die NATO interessieren sollte: **Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte operiert, ohne das Kiewer Außenministerium zu informieren**. Vor genau solchen Entwicklungen in der Ukraine hatte **Bronislaw Geremek**, verstorbener polnischer

Spitzenpolitiker, gewarnt: „**Wenn es dem Kreml gelingen sollte, die Ukraine wieder zu beherrschen, war alles vergebens, auch Polens Kampf.**“ Die Geheimen in Kiew wurden bis auf Ausnahmen in der alten Sowjetunion ausgebildet, halten wenig von Demokratie und bekämpfen schamlos die ukrainische Opposition. Nico Lange hingegen macht das, was alle deutschen politischen Stiftungen im Ausland tun: Er arbeitet für die Demokratie, und das heißt, **dass er auch die Opposition als Partner sieht.** Er schrieb und schreibt Berichte, die im Internet stehen. Jeder kann sie lesen, auch der SBU. Seit der Rückkehr der Putin-Freunde an die Macht in Kiew sind die Lange-Berichte kritischer, was man im demokratischen Europa erwartete und weiter erwartet. Die Europäische Union muss im Fall Lange, selbst wenn sich die Geheimen vorübergehend ducken, harte Kante zeigen und deutlich machen, dass jede Annäherung zwischen EU und Kiew endet, wenn die freie Meinung in der Ukraine unterdrückt wird, gleich ob sich dabei Ukrainer oder andere Europäer äußern.

---

### **Viele EU-Regierungen misstrauen dem deutsch-französischen Motor Zeit läuft weg, Merkel zögert, Sarkozy wartet. Barroso laviert. Wer berät wen?**

Es hat keinen Sinn mehr, nur das Kreuz durchzudrücken und auf eine Wende zu hoffen. Noch nie fielen die Medien, vor allem in Deutschland, so rüde über „Brüssel“ und die Gipfelpersonen der EU her wie seit dem Absturz der Griechen. Weiter schwärzt nicht nur in Paris der harte Vorwurf an Angela Merkel, zu lange mit der Athen-Hilfe gezögert zu haben. Die Kanzlerin hat mehrmals richtig analysiert, dass die Union **mehr Europa, eine stärkere Kommission und Mut zu weniger Souveränitätseinsatz** braucht. Dann passierte aber nichts Hörbares. In Kanada versprechen sie und Sarkozy „notfalls Paris-Berliner Alleingänge“ zur Bändigung der Banken. Doch was soll wann konkret geschehen, wenn Angela Merkel wörtlich meint: „Europäische Wirtschaftsregierung geht nur mit **allen** EU-Regierungen“, nicht zunächst mit der Euro-Zone, was viele mit Recht fordern ? ? ?



*Schein und Sein: Angela Merkel und Nicolas Sarkozy entzückt vom Kreml-Kollegen D. Medwedjev*

In Kreisen deutscher christdemokratischer Europapolitiker wächst die Kritik am Kanzler-Berater **Uwe Corsepius, 49**, der 2011 Generalsekretär des Rats werden soll und sich rühmt, „*niemals Visionen*“ zu haben. Der härteste Vorwurf von CDU-Europapolitikern lautet: „Corsepius rät der Kanzlerin praktisch nur noch zum Regierungshandeln von Chef zu Chef. Berlin hält offensichtlich nichts mehr vom Europäischen Parlament.“ Damit werde zugleich der deutsch-französische Motor blockiert, „**der immer nur läuft, wenn Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur mitziehen und Treibstoff liefern**“. Die Kanzlerin und Corsepius halten gegen die Kritik ihre Hinweise auf Sarkozys „Sprunghaftigkeit“. Und schon zweimal hätten die beiden **gemeinsam Briefe geschrieben**, zum Beispiel an Barroso. **ContraSalon** meint: Sie hätten auch im Europäischen Parlament reden können. Die Geschäftsordnung würde es erlauben, wenn dies die beiden der Vertretung der Völker vorschlugen und die Öffentlichkeit damit aufrütteln würden.

---

Die britischen Konservativen, die sich in Straßburg von den Christdemokraten trennten und mit zum Teil radikalen EU-Gegnern eine neue Fraktion bildeten, werden nicht in die EVP-Fraktion zurückkehren. Der konservative Ex-EU-Kommissar Chris Patten, so das Central Office in London, habe sich geirrt. BBC-Kommentar: "Sie isolieren sich."

**Werner Langen: Ausgeglichene Haushalte ab 2016 / Halbierung der Neuverschuldung bis 2013 / Rückgewinnung der politischen Handlungsspielräume**



□ Dr. Werner Langen

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments wendet sich gegen das "Runterreden" und "Runterschreiben" der **Aktivität Angela Merckels** nach der G-20-Konferenz: **"Erstmalig gibt es eine internationale Verpflichtung zum Schuldenabbau.** Die G-20-Staaten haben auf ihrem Gipfeltreffen in Toronto einen konkreten Zeitplan beschlossen. Bis 2013 soll die jährliche Neuverschuldung halbiert, ab 2016 mit dem Abbau der Schulden

begonnen werden. Das ist ein echter Erfolg, der nicht gleich zu erwarten war. Bundeskanzlerin Merkel hat den **Schuldenabbau international verankert.** Mit diesem Beschluss haben sich alle Industrieländer auf eine solide Haushaltspolitik verpflichtet. Das wird sich positiv auf **Preisstabilität und echtes Wachstum** auswirken. Auch die Finanzmärkte werden dadurch stabilisiert."

**"Salz im Brot - Regelung" vom Tisch? Die Anträge Sommer/Liese Christdemokraten im Europäischen Parlament wollen endlich Klarheit**

Die Idee der Europäischen Kommission, Salz im traditionellen deutschen Brot zu regulieren, könnte beerdigt werden. Die CDU-MdEPs **Dr. agr. Renate Sommer und Dr. med. Peter Liese** hatten einen Antrag im Europäischen Parlament eingebracht. Bäcker und Verbraucher in Deutschland und darüber hinaus sind seit Monaten durch



Dr. Renate Sommer

das Salz-im-Brot-Thema verunsichert und verärgert. Nach Vorstellungen einiger Kommissionsbeamter sollte Bäckern verboten werden, zum Beispiel für **Vollkornbrot** mit dem Argument zu werben, dass es der Gesundheit diene, weil es die Verdauung fördere, wenn nicht gleichzeitig der Salzgehalt reduziert wird. Der Salzgehalt im deutschen Brot ist jedoch **seit Jahrhunderten gleich geblieben.** Eine Reduzierung würde nicht nur zu geschmacklichen Nachteilen führen, **sondern auch den Backvorgang beeinträchtigen.** Eine Alternative, die kein Verbraucher möchte, ist die **Nutzung von chemischen Mixturen, um Salz zu ersetzen.** // "Brot, insbesondere Vollkornbrot,

leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit essentiellen Nährstoffen, namentlich mit Mineralien und Ballaststoffen. Nicht umsonst empfehlen Ernährungswissenschaftler, **den Anteil von Brot in der Ernährung zu steigern.** Daher ist eine Diskreditierung dieses wichtigen Grundnahrungsmittels gefährlicher Unsinn. Natürlich gibt es in Teilen der Bevölkerung einen zu hohen Salzkonsum. Hierfür kann und darf man aber nicht in erster Linie das traditionelle Nahrungsmittel Brot verantwortlich machen und verdammen! ", so die beiden CDU-Politiker. // **Liese, gesundheitspolitischer Sprecher der Christdemokraten** im Europäischen Parlament, und **Sommer, Parlamentsberichterstatterin für die Lebensmittelkennzeichnung,** wollten der Europäischen Kommission Grundlagen für ihr Handeln entziehen

=====

Fortsetzung Organisationen oder Publikationen, in denen Stasi- und SED-Leute den Ton und die Finanzierung bestimmen: "Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde" eV., Berlin // "Berliner Alternatives Geschichtsforum" // "ISOR" Sozialverband für u.a. Stasi-Rentner // "ROT-Fuchs Förderverein e.V.", Berlin // "Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM), Berlin // "Con Takt" Künstler AG

## Verbraucherschutz Fortsetzung ...

**Andreas Schwab MdEP (EVP/CDU): "Bei Verbraucherrechten gibt es künftig gemeinsame Standards für alle EU-Länder - endlich!"**

"Es muss in Kernbereichen des Verbraucherrechts zu einer Vollharmonisierung kommen. Die Verbraucher bekommen **mehr Rechtssicherheit beim grenzüberschreitenden Einkauf**. Und für die Verkäufer eröffnen sich neue Marktchancen", so Schwab. Vereinheitlicht werden sollen die Regelungen zum sogenannten Gefahrenübergang, der feststellt, wann ein Sachmangel vorliegt und ab wann der Verbraucher



*Andreas Schwab im Wahlkreis*

selbst haften muss. Streichen will Schwab die Pflicht des Verbrauchers zur Mängelrüge innerhalb von zwei Monaten: "Sie existiert zwar im deutschen Recht sowieso nicht, aber wenn sie auch woanders fällt, entwickeln sich Einkäufe im EU-Ausland positiv." Bei den **Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)** soll es mehr Klarheit geben. Mit dem allgemeinen Transparenz-Gebot **sind künftig etwa im Online-Geschäft "vor--angeklickte" Kästchen verboten**. "Und **Gepäckversicherungen bei**

**Flügen oder andere Zusatzleistungen kann man nicht mehr dazugeschummelt bekommen**", so Schwab. // Mit der neuen Richtlinie soll es eine **schwarze Liste an Vertragsklauseln geben, die europaweit verboten sind**. Dazu gehören unter anderem der Ausschluss von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bei Beschädigung einer Sache durch den Verkäufer, oder einseitige kürzere Kündigungsfristen für den Unternehmer gegenüber dem Verbraucher. Schwab: "Wir müssen ein Regelwerk hinbekommen, das das Vertrauen der Verbraucher stärkt und den Unternehmen die Anpassung an 27 verschiedene Rechtsvorschriften erspart." // Voraussichtlich im Oktober wird der Ausschuss in erster Lesung über die neue Verbraucherrichtlinie abstimmen. Man muss nun den entscheidenden Schritt tun, der den Flickenteppich im Verbraucherrecht beendet und endlich EU-weit gleiche Rechte in den Kernbereichen schafft.

=====

***Liebe Leserinnen und Leser, ich wende mich an Sie und Euch : : : : :***

1. ist dies **der letzte ContraSalon vor dem Pausenmonat Juli**. Wer von Anfang an (2006) dabei war, weiß, dass es im Sommer und Weihnachten Pausen gibt. Ich bitte nun die neuen Leserinnen und Leser, die alte Regel auch noch zu akzeptieren. Die Nummer 13 kommt also am 31.7/1.8.

2. Ich höre immer wieder "Mach' etwas gegen **die steigende Flut von Fälschungen der deutschen Geschichte**, speziell der Entwicklung seit 1918. Deshalb drucke ich einen Brief Konrad Adenauers ab, der beweist, wie streng das Urteil des "Alten" über das Verhalten seiner Kirche in der NS-Zeit war. Dieses pessimistische Bild ist m.E. auch die Ursache dafür, dass Adenauer gegenüber manchen Widerstandskreisen skeptisch blieb. Die Haltung des Kanzlers war grundsätzlich. Als zum Beispiel der Münchner Kardinal Faulhaber nach 1918 auf einem Katholikentag ein "Hoch!" auf das bayerische Haus Wittelsbach plante, verbot es Katholikentagspräsident Adenauer mit dem eisigen Hinweis, man lebe inzwischen in einer Republik.

Die Dokumentation ähnlicher Quellen wird fortgesetzt.

**Brief Konrad Adenauers an seinen Bundesbruder Bernhard Custodis in Bonn.**  
Custodis, Dr.jur.can. (1867-1951), war ab 1910 Pfarrer an St.Elisabeth in Bonn

Lieber Custodis!

23. Februar 1946

Von der Mutter Werhahn erhielt ich den anliegenden Artikel des Paters Pribilla mit der Bitte um Beurteilung. Da ich die Adresse des Paters Pribilla nicht habe und die Mutter Werhahn mir mitteilte, daß sie den Artikel durch Dich bekommen habe, sende ich ihn anbei mit der Bitte zurück, ihn an Pater Pribilla zurück gelangen zu lassen.

Ich würde den Artikel nicht erscheinen lassen. Nach meiner Meinung trägt das deutsche Volk und tragen auch die Bischöfe und der Klerus eine große Schuld an den Vorgängen in den Konzentrationslagern. Richtig ist, daß nachher vielleicht nicht viel mehr zu machen war. Die Schuld liegt früher. Das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf die nationalsozialistische Agitation eingegangen. Es hat sich fast widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung auf all den in dem Aufsatz gekennzeichneten Gebieten gleichschalten lassen. Darin liegt seine Schuld. Im übrigen hat man aber auch gewußt -- wenn man auch die Vorgänge in den Lagern nicht in ihrem ganzen Ausmaße gekannt hat -- daß die persönliche Freiheit, alle Rechtsgrundsätze, mit Füßen getreten wurden, daß in den Konzentrationslagern große Grausamkeiten verübt wurden, daß die Gestapo, die SS und zum Teil auch unsere Truppen in Polen und Rußland mit beispiellosen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung vorgingen.

Die Judenpogrome 1933 und 1938 geschahen in aller Öffentlichkeit. Die Geiselmorde in Frankreich wurden von uns offiziell bekanntgegeben. Man kann also wirklich nicht behaupten, daß die Öffentlichkeit nicht gewußt habe, daß die nationalsozialistische Regierung und die Heeresleitung ständig aus Grundsatz gegen das Naturrecht, gegen die Haager Konvention und gegen die einfachsten Gebote der Menschlichkeit verstießen.

Ich glaube, daß wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tage öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhindern können. Das ist nicht geschehen, und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager gekommen wären, wäre das kein Schade, im Gegenteil.

Alles das ist nicht geschehen, und darum schweigt man am besten. Ich weiß bestimmt, daß der verstorbene Papst mit meinem Urteil genau übereinstimmte. Wie der jetzige Papst denkt, weiß ich nicht. (Pius XII, J.W..)

Vielen Dank für die Beförderung und herzliche Grüße // *Dein (Adenauer)*

[P.S.] Jedenfalls würde der nicht dem Nationalsozialismus direkt verfallene Teil des Deutschen Volkes, insbesondere auch die kath. Kirche in Deutschland vor dem Ausland und insbesondere vor der Nachwelt gerechtfertigter dastehen, als es jetzt der Fall sein wird.

---

**"Zur Ehrenrettung des HANDELSBLATT muss man einräumen, dass nach vier Wochen Weltuntergang Chefredakteur Gabor Steingart im Mai doch weiter leben wollte. er kaufte persönlich für 5000 € griechische Staatsanleihen und berichtete unter der Überschrift "Deutschland hilft". Es fehlte der Zusatz: sich selbst!" Hermann Josef Tenhagen, Chefredakteur "Finanztest"**

## NAMEN SIND NACHRICHTEN

■ **Karl Josef Laumann**, NRW-Arbeitsminister und Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse (CDA), kann stolz darauf sein, dass trotz NRW-Wahldebakel 30 von 67 CDU-Mitgliedern im Landtag CDA-Mitglieder sind. Zu der Gruppe, die seit Gründung der CDU als linker Flügel gilt und auch agiert, zählen in Düsseldorf Jürgen Rüttgers, Armin Laschet und Andreas Krautscheid. Im Bundestag sitzen aus NRW u.a. noch zehn CDA-Mitglieder, darunter Ralf Brauksiepe, Peter Hintze und Ursula Heinen-Esser.

■ **Günther Netzer**, WM-Kommentator, will trotz des Sieges über England "endlich aufhören" und sagte: "Ich habe einfach nichts mehr zu sagen. Ich finde, es ist genug."

■ **Karl Fürst Schwarzenberg**, tschechischer Ex-Außenminister und Mitgründer der neuen Partei "**TOP 09**", denkt nach. Seine jüngst aus dem Stand in Wahlen erfolgreiche moderate Partei (16.7 % und 24 Sitze) will mit der konservativen ODS und einer weiteren Partei die Regierung bilden. Schwarzenberg, der zunächst Spitzenmann der **Grünen** war, ist sich der Tatsache bewusst, dass die Hälfte der abgeschmolzenen **Christdemokraten (KDU-CSL)** bei "TOP 09" gelandet ist. Er erwägt daher den **Beitritt seiner Partei zur christdemokratischen "Europäischen Volkspartei" (EVP)**. Die tschechische ODS sitzt in Brüssel-/Straßburg bei den **Konservativen (ECR)**. **Joseph Daul**, Präsident der EVP-Fraktion, zeigte sich enttäuscht von den tschechischen Wahlen, meinte aber: "Das ist nicht das Ende christdemokratischer Politik in Prag."

■ **Bernd Posselt**, CSU-MdEP, und 33 weitere Europaabgeordnete aus elf Nationen haben sich dem Einspruch der Republik Italien gegen das "Kruzifix-Urteil" des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofs angeschlossen. Sie hoffen, dass nicht länger verlangt wird, die Schulen Italiens "zu säubern", wie dies atheistische Kläger verlangten.



## MEDIEN

■ **Hajo Schumacher**, Herausgeber des Medien-Dienstes **V.i.S.d.P.** in Berlin und

Freier Journalist, macht inzwischen häufiger Front gegen die besonders in der Hauptstadt fortschreitende Verlotterung und Verrohung des neuen deutschen Journalismus. Er schrieb diese Woche:

"Keine Frage, Guido Westerwelle nervt. Seine Art ist anstrengend, seine Haltung schwer zu begreifen, er ist überfordert. Wie kaum ein Politiker zuvor hat Westerwelle alle denkbaren Fehler nahezu auf einmal begangen. Scharfe Kritik ist berechtigt. Aber Kritik sollte immer auch das Ziel haben, Probleme aufzuzeigen und zu lösen. Das mediale Westerwelle-Bashing hat inzwischen allerdings Mobbing-Qualitäten erreicht. **Blanker Hass hat die Kritik abgelöst.** Früher hieß das Klassenkeile, wenn alle blindwütig auf einen losgegangen sind. Fair ist das nicht, zumal mit den Sündenbock- und Prügelknaben - Mechanismen nicht ein einziges Problem gelöst wird. Wie muss sich das anfühlen, wenn man morgens im sicheren Wissen aufsteht, dass es wieder mal den ganzen Tag etwas aufs Maul gibt, wenn man keine Zeitung aufschlagen, keinen TV-Sender einschalten kann ohne der eigenen Hinrichtung beizuwohnen? Artikel 1 des Grundgesetzes gilt für alle, selbst für Westerwelle."

■ **Roger de Weck**, 1997 bis 2000 **ZEIT**-Chef in Hamburg, wird **Generaldirektor** des öffentlich-rechtlichen Schweizer Rundfunks und Fernsehens **SRG**. Darüber regt sich

fast täglich **Roger Köppel** auf, Chef der nach rechts driftenden WELTWOCHE und zeitweiliger Chef der WELT in Berlin. Köppel wirft de Weck vor, "zu europäisch" eingestellt zu sein. Dies wiederum freut die Europhilen in der Schweizer Wirtschaft. Zur Erinnerung: Köppel startete seinerzeit die Kampagne der WELT gegen den Vertrag von Lissabon, musste dann aber in die Schweiz zurückkehren.

☐ **Peter Hahne**, CDU-nahe, strafversetzter seriöser ZDF-Moderator, bekommt als Gnadenbrot sonntags mittags eine eigene Talkrunde. "Für Rentner, die noch CDU wählen", höhnt die SPD-Mafia in Mainz. Zur gleichen Zeit regt sich die ehemalige FDJ-Aktivistin **Maybritt Illner** darüber auf, dass "**dieser Jauch**" zur ARD geht: "Was wollen die mit fünf Köpfen an sieben Wochentagen?" Jauch gilt in Mainz anders als Anne Will (ARD) und Maybritt Illner (ZDF) als liberalkonservativ.



-----  
**Erst Lena statt Krise,  
dann Gauck statt Wulff.**

**Der normale deutsche  
Unterhaltungsbetrieb  
ist in alle Bereiche gedrungen,  
auch in die Politik.**

**Wer die Wahrheit sagt und  
bezweifelt, dass Lena nicht  
richtig singen kann, ist out.**

**Und Sender, die  
Wulff und Gauck  
gleich fair behandelten,  
gab es vor der Wahl  
überhaupt nicht mehr.**

**Es folgt ein Rätsel.  
Bitte bis 1.8. antworten:**

**Wann erschien dieser  
SPIEGEL-Titel:**



-----  
**Jürgen Wahl Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG**  
**Tel. 0228 – 324381 // e-mail: [post@jwahl.de](mailto:post@jwahl.de)**  
**SPENDEN bitte auf Konto 101 40 30 17 BLZ: 370 69 805**